

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Helmut Rohde MdB, AfA-Bundesvorsitzende, fragt, wann die Brüsseler Beschlüsse gegen die Jugendarbeitslosigkeit realisiert werden: Europa wird skeptisch. Seite 1

Rudi Schöfberger MdB erläutert das neue Asylverfahren: Eine gute Chance für alle Beteiligten. Seite 3

Hermann Heinemann fordert, dem Formel I-Extremismus Einhalt zu gebieten: Bleiben die Rennfahrer auf der Strecke? Seite 5

Hans Kolo MdL stellt einen Dringlichkeitsantrag der bayerischen SPD vor: Kampf gegen das Waldsterben. Seite 6

### Dokumentation

Walter Hesselbach antwortet Jakob Moneta: Wir sind doch nicht Teil einer linken Schickleria...". Seite 8

37. Jahrgang / 90

12. Mai 1982

Europa wird skeptisch

-----  
Wann werden die Brüsseler Beschlüsse realisiert?

Von Helmut Rohde MdB  
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Kernig geht es zu, wenn an deutschen Wochenenden das Thema "Europa" mit Herz vom politischen Blatt abgelesen wird. Vornehmlich das, was man zu Hause am ehesten vermisst, soll nun Europa bringen. Geschlossen will man sein, Aufbruch soll herrschen - und so geht es mit kraftvoller Rhetorik weiter, vom Außenministerium bis ins Bundespräsidialamt.

Vermißt wird allerdings eins: zu sagen, was nun eigentlich getan wird und bewegt werden soll, weiche Ziele nicht allein angepeilt, sondern tatsächlich angesteuert werden. In den Europa-Reden wendet man sich vorzugsweise an die Jugend. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß ein Jugendlicher bei dieser Art von Reden aus seiner gewohnten Skepsis gerät. Wer nicht gewahr wird, was konkret passieren soll, der wird gegenüber den pausenlosen Kraftausdrücken und Appellen seine Reserve bewahren.

Und es gibt dafür ein Beispiel, zunächst mit Schlagzeilen in Szene gesetzt und inzwischen schnell wieder verschwunden: So wurde auf der jüngsten EG-Gipfelkonferenz der Regierungschefs versprochen und beschlossen, jedem jungen



Europäer eine Chance zur beruflichen Qualifikation offenzuhalten und anzubieten. Das ist ein Wort. Nicht gering zu achten. Und es fordert geradezu die Frage heraus, was jetzt geschieht.

Wenn bei uns die Lehrstellenzahlen weiter zurückgehen, die Hochschulzulassung schwieriger wird, hat das für die Jugend- und spätere Erwachsenenarbeitslosigkeit schon erhebliche Folgen. In anderen europäischen Ländern aber sind die Verhältnisse noch kritischer, Bildungsdefizite und Arbeitslosigkeit noch höher. Man hört und liest allerdings nicht, was eigentlich konkret gemacht wird, um dem Brüsseler Beschluß den Glanz der Wahrheit zu geben. Man muß schon froh sein, davor bewahrt zu bleiben, daß schon wieder einige "Beauftragte" ernannt werden, ohne daß die tatsächlichen Probleme sich dadurch ändern.

Was eine wirksame Aktion für Europa hätte werden können, versickert im nationalen Alltag der Mitgliedsländer. So sieht es jedenfalls aus. Das einzige, was wir auf den Tisch kriegen, sind Appelle und Erwägungen. Da darf man sich nicht wundern, daß die Wochenendreden in die Windstille hineingeraten. Von diesem Vorgang muß sich das Europäische Parlament herausgefordert fühlen. Die Lage der Jugend in Europa ist ein zu großes Zukunftsproblem, als daß man es von der Tagesordnung gleiten lassen dürfte. Wer von der Kraft in Europa redet, darf nicht aus dem Auge verlieren, daß es ohne Leistung und Wahrheit keine Kraft gibt, auch nicht in unserem Kontinent.

(-/12.5.1982/ks/ca)

+   +   +



Eine gute Chance  
-----

Das neue Asylverfahren wird allen Beteiligten gerecht

Von Dr. Rudi Schöffberger MdB

Berichterstatler zum Asylverfahrensgesetz im Rechtsausschuß des Bundestages

Der Bundestag verabschiedet am kommenden Freitag mit den Stimmen der Koalition und gegen den Widerstand der Opposition ein neues "Gesetz über das Asylverfahren".

Im Jahre 1980 war eine nie gekannte Flut von 108.000 Asylbewerbern in die Bundesrepublik gekommen. Aufgrund des Sofortprogramms der Bundesregierung vom August 1980 sank der Zustrom im Jahre 1981 auf 49.000, wiewohl 10.000 polnische Flüchtlinge neu hinzukamen. Doch die vielfältigen Probleme sind noch lange nicht gemelstert. Zehntausende von unerledigten Asylanträgen liegen noch unbearbeitet beim Bundesamt in Zirndorf. 60.000 Asylklagen verstopfen heillos die Verwaltungsgerichte aller drei Instanzen. Wenn es ein Asylbewerber (oder sein Advokat) versteht, alle Instanzen verzögerlich auszuschöpfen und auch noch das Bundesverfassungsgericht anzurufen, kann er, auch ohne politisch Verfolgter zu sein, sechs bis acht Jahre hier bleiben und Wurzeln schlagen. Massenzustrom scheinbarer Asylanten führt zu langen Bearbeitungszeiten. Diese wiederum locken mit dem damit verbundenen jahrelangen Aufenthalt neue Menschenströme an.

Das neue Asylverfahrensgesetz soll Abhilfe schaffen. Mit ihm müßte es gelingen, jedenfalls die überwiegende Mehrheit der Asylanträge in weniger als einem Jahr zu verbescheiden; Vorsichtige sagen in eineinhalb Jahren.

Nur wer keine Ahnung vom Rechtsstaat und seinen Rechtsbehelfsfristen hat, kann einen noch "kürzeren Prozeß" fordern. Wer aber das Internationale Flüchtlingsabkommen, die Europäische Menschenrechtskonvention, das Menschenrecht aus Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz (GG) und die Rechtsweggarantie des Artikel 19 Absatz 4 Satz 1 GG achtet und schützen will, weiß, daß es nicht schneller geht, bis einem Asylbewerber - so oder so - Gerechtigkeit widerfährt.

Die dem Parlament gestellte Aufgabe kann auch nicht darin bestehen, daß unverbrüchliche Menschenrecht auf Asyl anzutasten, einzuschränken oder gar in seinem Wesensgehalt zu zerstören. All dies wäre verfassungswidrig. Es geht vielmehr darum, das Bundesamt und die Verwaltungsgerichte zu befähigen, in rechtsstaatlich angemessener aber von der Sache her in erträglich kurzer Zeit über Asylanträge unanfechtbar zu entscheiden und die Ausländerbehörden anzuhalten, nicht anerkannte Asylbewerber unverzüglich auszuweisen und notfalls abzuschicken. Dann Asylverfahren, die auch im Falle der Nichtanerkennung ohne Folgen für den Aufenthalt bleiben, sind sinnlos.

Das Asylverfahrensgesetz bringt folgende Neuerungen:

1. Politische Flüchtlinge, die bereits in einem anderen Staat Schutz vor Verfolgung gefunden haben, werden in der Bundesrepublik nicht mehr aufgenommen. Entsprechende Asylanträge sind unbeachtlich.
2. Andere Asylbewerber leitet die Grenzbehörde unverzüglich an die zuständige Ausländerbehörde weiter. Der Ausländer muß dem folgen, widrigenfalls wird er bestraft. Untertauchen wird wesentlich erschwert.
3. Die Ausländerbehörde hört den Asylbewerber persönlich an und bereitet den Entscheidungstoff gründlicher und vollständiger auf als bisher; danach geht der Asylantrag unverzüglich an das Bundesamt weiter, wo - wie bisher - ein weisungsgebender Beamter entscheidet.
4. Der Asylbewerber muß in allen Stationen des Verwaltungsverfahrens mitwirken, auf Ladung erscheinen, Anschriftenwechsel anzeigen, sich persönlich äußern, verfügbare Urkunden und Beweismittel unverzüglich vorlegen. Wirkt er unentschuldig nicht mit, geht das zu seinen Lasten. Verfahrensverschlepper haben künftig kaum mehr Chancen.



5. Wird ein Asylbewerber abgelehnt, weil sich herausstellt, daß er nicht politisch Verfolgter ist, verbindet die Ausländerbehörde die Nichtanerkennung seitens des Bundesamtes sofort mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen und setzt Ausreise, notfalls Abschiebung auf ein Monat nach Unanfechtbarkeit der Verwaltungsakte fest.
6. Gegen seine Nichtanerkennung und die aufenthaltsbeendenden Maßnahmen kann der Ausländer nur mit einer einzigen Klage vorgehen. Es findet nur noch ein Prozeß statt; nicht, wie bisher, zwei hintereinander.
7. Betreibt der Ausländer den Rechtsstreit nach Aufforderung des Gerichts länger als drei Monate nicht mehr, ist die Klage erledigt und die Ausweisung unanfechtbar. Verzögerungspraktiken und der Versuch des Untertauchens wird auch in diesem Stadium wesentlich erschwert.
8. Erachtet das Verwaltungsgericht (drei Berufsrichter, zwei ehrenamtliche Verwaltungsrichter) die Klage mehrheitlich als "offensichtlich" unzulässig oder als "offensichtlich" unbegründet, gibt es gegen dieses Urteil nur noch die zeitlich und inhaltlich eng begrenzte, begründungspflichtige Verfahrensbeschwerde zum Oberverwaltungsgericht (By: VGH). Hierüber entscheidet das OVG ohne mündliche Verhandlung. Entgegen der Annahme der Opposition ist diese Verfahrensrüge nach Paragraph 138 VwGO notwendig, weil sonst das Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerden wegen angeblicher Verletzung des rechtlichen Gehöres überschwemmt würde.
9. In allen anderen Fällen gibt es neben der Verfahrensrüge nur die Zulassungsberufung. Das Verwaltungsgericht läßt die Berufung nur bei grundsätzlicher Bedeutung der Sache oder, wenn es von der Rechtsprechung seines OVG abweicht (Divergenz) zu. Ebenso bleibt die Revision grundsätzlich ausgeschlossen. Nur aus Gründen der Einheitlichkeit der Rechtsprechung in Asylsachen kann sie zugelassen werden.
10. Wird das klageabweisende Urteil rechtskräftig, beendet die Ausländerbehörde auch tatsächlich den Aufenthalt des Ausländers in der Bundesrepublik, das heißt sie schiebt notfalls ab. Sie kann das auch schon während des Asylverfahrens, wenn der Ausländer die öffentliche Sicherheit und Ordnung schwerwiegend stört. Ein Asylantrag ist kein Freibrief für kriminelle Handlungen.
11. Auch die beliebte Praxis, immer wieder Folgeanträge zu stellen, um hier bleiben zu können, wird unterbunden. Beachtlich sind nur Folgeanträge mit neuen Fluchtgründen oder mit neuen Beweismitteln für alte Fluchtgründe. Bei unbeachtlichen Folgeanträge wird ausgewiesen und abgeschoben.
12. Asylanerkennungen können unter gewissen Voraussetzungen auch erlöschen, widerrufen oder zurückgenommen werden, worauf der Aufenthalt wiederum unverzüglich beendet wird.
13. Asylbewerber, die gegen Verfahrensvorschriften oder Anweisungen der Behörden zuwiderhandeln können bestraft werden. Die Strafsanktionen sind jedoch eher zurückhaltend ausgefallen. Für viele Ausländer ist der Aufenthalt in einer deutschen JVA erstrebenswerter als das Leben in Elendsvierteln seiner Heimat. Aus einer Gefängnisstrafe darf kein willkommener Aufenthalt werden.

Mit diesem neuen Asylverfahren erhält der tatsächlich politisch Verfolgte nicht nur eine gute Chance, sondern die menschenmögliche Sicherheit, hierbleiben zu dürfen. Der nicht politisch verfolgte Asylbewerber - mögen seine anderen Fluchtgründe auch noch so verständlich sein - erfährt wesentlich früher, daß er hier keine Bleibe haben kann. Wenn sich das in den Herkunftsländern dieser Menschen herumspricht, werden weit weniger als bisher kommen, um es zu versuchen.

Allen am Gesetzgebungsverfahren unmittelbar beteiligten Abgeordneten ist stets klar: Mit einem noch so perfekten Asylverfahren können weder die Fluchtgründe des Hungers, der Not, des Elends und der Ausbeutung in vielen Ländern dieser Welt behoben oder bekämpft werden. Das neue Asylverfahren entbindet die deutsche Politik auch nicht von der Aufgabe, mit anderen Mitteln der nationalen und internationalen Politik im Kampf gegen das Flüchtlingselend den bedrängten Menschen zu helfen.

Es ist in höchstem Maße bedauerlich, daß sich die Opposition weigert, dem neuen Gesetz zuzustimmen. Sie versteht sich als ferngesteuerte Willensvollstreckerin der Sonthofener Strategie: "Es muß noch alles viel tiefer sinken, bis wir wieder ran kommen!" Weitere Verzögerungen gehen jetzt auf ihr Konto.

(-/12.5.1982/ks/ca)

**Bleiben die Rennfahrer auf der Strecke?**  
-----

**Dem Formel I-Extremismus ist Einhalt zu gebieten**

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Partelvorstand

Um es vorweg zu sagen: Es geht nicht um die Verteufelung des Formel I-Rennsports, auch soll nicht dem allgemeinen Motorsport der Garaus gemacht werden.

Noch weniger ist daran gedacht, der großen Zahl von Motorsport interessierten Bürgern ihr Hobby zu vermiesen. Es geht allein um den Menschenleben gefährdenden Formel I-Extremismus. Ergebnis eines Konstruktionsfanatismus ohne Grenzen.

Die Geschwindigkeiten und die technologischen Feinessen sind für die sogenannten Piloten zu einer ernststen Gefahr geworden. Von mehr Sicherheit zu reden, wäre geradezu irrsinnig.

Die Hochgeschwindigkeitsgeschosse, so muß man die Formel I Konstruktionen wohl bezeichnen, haben ihren Sinn und Nutzen längst verloren.

Ungeachtet überalteter und überforderter Rennstrecken wurde beispielsweise die aerodynamische Entwicklung grenzenlos vorangetrieben.

Auch die Behauptung, die technologische Entwicklung auf diesem Gebiet bringe noch eine praktische Nutzanwendung für die allgemeinen Autokonstruktionen, läßt sich nicht mehr aufrecht halten.

Eher sind es schon ernsthafte Gefahren, die beispielsweise das Verhalten von Jugendlichen im Straßenverkehr beeinflussen; eine gefährliche und negative Vorbildwirkung.

Hier liegen unübersehbar Versäumnisse der Sportorganisationen und weiter Bereiche der Medien vor.

Es wirkt außerordentlich seltsam, wenn, wie nach dem grausamen Unfall und dem Tod des Kanadiers Gilles Villeneuve am vergangenen Wochenende im belgischen Zolder, Fernsehkommentatoren ihre Empörung zum Ausdruck bringen.

Gerade das Fernsehen hat mit zweifelhafter und oftmals unkritischer Begleitung die Formel I-Entwicklung begünstigt. Auch die eindeutige Werbebevorzugung des Automobilrennsports gegenüber anderen Sportarten - auch der Amateurbereiche - ist eklatant.

Mit Werbung bepflasterte Rennwagen im "Aktuellen Sportstudio" des ZDF sind nur ein gravierendes Beispiel. Hier hat man auch den entschiedenen und glaubwürdigen Widerstand der Führung der Sportorganisationen vermißt.

Vielleicht nutzt der Deutsche Sportbund den bevorstehenden Bundestag in Düsseldorf, um in dieser Frage "Flagge zu zeigen".

Schließlich sind auch die Motorsportverbände Mitgliedsorganisationen des Deutschen Sportbundes.

(-/12.5.1982/ks/ca)

+ + +



## Kampf gegen das Waldsterben

---

Bayerns SPD reicht Dringlichkeitsantrag mit Maßnahmenkatalog ein

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Nach einer ganzen Reihe von Einzelinitiativen hat die SPD-Fraktion im bayerischen Landtag nun einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt: Um der akuten Gefährdung unserer Wälder zu begegnen, schlagen die Sozialdemokraten einen Vier-Punkte-Katalog von Maßnahmen vor, um das Waldsterben einzudämmen.

Das Waldsterben ist ein Problem, das in anderen Ländern und anderen Bundesländern ebenso große Besorgnis hervorrufen muß wie in Bayern. Doch während allerorten die Verantwortlichen bereits aktiv werden, ergeht sich das bayerische Landwirtschaftsministerium weiterhin darin, das Problem vor sich herzuwälzen. Es fühlt sich nicht veranlaßt, etwas zu tun, weil nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen nicht einwandfrei geklärt sei, was letztendlich die Ursache für das Waldsterben ist. Also macht man vorderhand eben nichts.

Dabei ist es längst fünf Minuten vor zwölf. Die Zeit drängt: In einzelnen Waldteilen sind bereits über 50 Prozent der Fichten geschädigt, auch Tannen-, ja sogar Laubbestände sind mittlerweile gefährdet. Längst gibt es keine "Höhengrenze" (Waldsterben nur über 400 Meter) mehr, es werden immer jüngere Bäume geschädigt, und die "Sterbezeit" verkürzt sich: Von zuerst mehreren Jahren auf jetzt nur noch sechs Wochen.

Die SPD ist mit der Mehrzahl der Waldwissenschaftler und der Forstfachleute der Meinung, daß die Gefährdung unserer Wälder so rapide zunimmt, daß schleunigst Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen. Warum die CSU und die von ihr getragene bayerische Staatsregierung nicht so recht an das Problem heranzukommen, erscheint klar: Es kann heute mit Sicherheit gesagt werden, daß sowohl Kraftwerke und Industrieanlagen mit ihren Immissionen als auch die gewinnorientierte Anlage der Wälder mit schuld am Waldsterben sind. Und die CSU sieht ja sowohl in der Großindustrie wie auch in den Waldbesitzern ihre besondere Klientel, die es auf keinen Fall zu verärgern gilt.

Um die Dringlichkeit der von ihr geforderten Maßnahmen zu unterstreichen, hat die SPD-Fraktion ihre Initiative in der Form eines Dringlichkeitsantrages gestartet. Vier Maßnahmen haben die Sozialdemokraten vorgeschlagen.

### o Sonderprogramm zur Umrüstung von Altanlagen

Die bayerische Staatsregierung soll ein großzügiges Sonderprogramm auflegen, über das bei Altanlagen mit hohen Emissionswerten der Einbau von modernen Filteranlagen gefördert wird. Mit der finanziellen Hilfestellung soll Kraftwerksbetreibern und Industrieunternehmen diese Umrüstung schmackhaft gemacht werden. Auch wenn dieses Programm derzeit besondere Finanzanstrengungen erfordern wird, kommt dies letztlich billiger als später die Schäden an unseren Wäldern zu beseitigen. Kolo: "Schäden vermeiden, ist billiger als Schäden heilen." Macht man jetzt diese Arbeiten an den alten Filteranlagen nicht, so werden die Gesamtschäden an unseren Wäldern mit Sicherheit noch viel höher.

Moderne Filteranlagen sind durchaus in der Lage, die gefährlichen Stoffe zum größten Teil aus der Abluft herauszunehmen. So könnten nach dem heutigen Stand der Technologie die Immissionswerte um 95 Prozent bei den Schwefelwasserstoffen, um 70 Prozent bei den Schwebestoffen und Stauben und um 30 Prozent bei den Stickoxiden reduziert werden.



Auch wenn die Schädigung bayerischer Wälder nicht zu hundert Prozent von bayerischen Industrieanlagen ausgeht - die Stoffe werden ja zum Teil über Hunderte von Kilometern durch die Luft transportiert - so darf man wohl sagen, daß zumindest der größere Teil dieser waldbedrohenden Stoffe von im Freistaat stehenden Werken kommt. Deshalb steht hier die Regierung eines Landes mit besonderem Waldreichtum in der Verantwortung.

Bei der Auflage dieses Sonderprogramms könnte sich Bayern an Nordrhein-Westfalen orientieren, das als erstes Bundesland mit einem solchen Programm den Kampf um die Wälder aufgenommen hat.

o Schluß mit der Politik der hohen Schornsteine

Die Politik der hohen Schornsteine muß endlich ein Ende haben. Die hohen Kamine haben sehr stark "mitgeholfen", daß die Gefahren sehr spät erkannt wurden, weil die Schadstoffe eben viel weiter transportiert wurden, bevor sie sich absenkten. Die Folge war der "Verdünnungseffekt": Zwar blieb die Schadstoffkonzentration geringer, doch sie verteilte sich auf eine viel größere Fläche. Besonders schwerwiegender Nebeneffekt: Die Schädigungen wurden auf Grund der geringen Konzentrationen erst viel zu spät bekannt, Gegenmaßnahmen dadurch besonders schwierig.

o Forstbauliche Maßnahmen

Selbstverständlich werden auch die Waldbesitzer - voran der Freistaat - mithelfen müssen, die Wälder widerstandsfähiger zu machen. Natürlich ist es für sie lukrativer, Monokulturen mit Bäumen gleichen Alters anzupflanzen, doch diese haben natürlich weniger Widerstandskraft gegen Schädigungen. Mittel- und langfristig will die SPD deshalb wieder eine verstärkte Anlage von "natürlichen" Mischwäldern, in denen sich sowohl unterschiedliche Baumarten - Laub- und Nadelbäume, Sträucher - als auch Bäume verschiedenen Alters finden.

Wo die Entwicklung besonders bedrohlich ist, müssen nach Meinung der Sozialdemokraten kurzzeitige Maßnahmen ergriffen werden. So müssen übersäuerte Böden (die Folge des "sauren Regens") gekalkt werden, um zu verhindern, daß die Kombination Säure/Metall (Aluminium, Cadmium) die Stoffwechselprozesse in den Pflanzen stört.

o Verschärfte Bestimmungen in der TA Luft

In Bonn steht eine Verschärfung der TA (Technische Anleitung) Luft bevor: Die Grenzen der Immissionswerte sollen deutlich gesenkt werden. Gegen diese Verschärfung darf sich die bayerische Staatsregierung auf keinen Fall sperren, sie soll sie im Gegenteil noch unterstützen, fordert die SPD.

Doch der Bundesrat hat bereits Vorbehalte angemeldet. Kolo: "Es hilft überhaupt nichts, wenn die Staatsregierung in Bayern Krokodilstränen über das Waldsterben vergießt und auf der anderen Seite Bundesrats-Blockadepolitik betreibt."

Der Kampf gegen das Waldsterben ist ein Kampf gegen die Uhr. Es muß sofort etwas geschehen. Die Sozialdemokraten im bayerischen Landtag haben ihre Vorschläge gemacht.  
(-/12.5.1982/va-he/ca)

+ + +



Dokumentation

"Wir sind doch nicht Teil einer linken Schickeria..."

-----

Der frühere Chefredakteur der Mitgliederzeitung der IG Metall, Jakob Moneta, hat dem Vorstandsvorsitzenden der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG, Walter Hesselbach, in Sachen Neue Heimat einen Offenen Brief geschrieben. Hesselbach hat nun Moneta ebenfalls in der Form eines Offenen Briefes geantwortet. Der SPD-Pressedienst veröffentlicht den Antwortbrief im Wortlaut, der in der nächsten Ausgabe der DGB-Wochenzeitung "Welt der Arbeit" abgedruckt werden wird, und der dem SPD-Pressedienst vorab zur Verfügung gestellt wurde:

"Lieber Jakob,

Du korrespondierst mit mir über die Presse, ohne mir auch nur eine Kopie zu schicken. Warum behandelst Du so einen alten 'Kampfgefährden'? Du stellst mich an den Pranger, ohne mir die Chance zu geben, mich dagegen zu wehren. Du sprichst von meinen Verdiensten in der Form des Marc Antonius: 'Aber Brutus war ein ehrenwerter Mann'.

Darf ich Dich auch etwas fragen? Du warst einmal ein tapferer und anständiger Journalist. Warum folgst Du nun den Spuren wenig seriöser Enthüllungsjournalisten und den inquisitorischen Rechercheuren der Regenbogenpresse und der Television?

Ferdinand Lassalle spricht 1964 in seinem 'Capital und Arbeit' von der 'handvoll verkommener Literaten, die, zu jeder bürgerlichen Handthierung zu schlecht, unfähig zu jeder selbständigen Gedankenlösung, nur noch gut genug sind, den Gedankenprozeß der Nation in anonymer Zeugung zu bestimmen.'

Daß mich Zeitungsschreiber dieser Art aus der Arbeiterbewegung hinausdrängen wollen, das verstehe ich, denn ich habe der Reaktion, den Dunkelmännern und den Faschisten auch nie etwas geschenkt. Aber warum Du? Nur deshalb, weil ich heute mehr Geld verdiene als früher und weiß, wie man es richtig anlegt? Du weißt doch selbst, daß ich auch heute nicht besser, nicht aufwendiger und nicht komfortabler lebe als Du. So suche ich vergeblich nach Deinen Gründen. Ich zählte Dich bisher zu meinen Freunden, und ich bin Dein Freund noch immer. Sollte wirklich die alte Parole des Zentralkomitees der dreißiger Jahre wieder aufkommen, daß Sozialdemokraten schlimmer seien als die Nazis und daher vorrangig bekämpft werden müssen?

Wie in aller Welt, lieber Jacques, kommst Du zu der Unterstellung, ich könnte in einen 'Steuerskandal oder schlimmeres verwickelt' sein? Es kann doch nicht wahr sein, daß Du die arrogante Niedertracht übler TV-Sendungen für bare Münze nimmst. Wo, mein alter Kibbuznik, ist Dein Sinn für Solidarität, Anstand und Gerechtigkeit geblieben, den ich immer so sehr an Dir geschätzt habe? Wenn Dich etwas bedrückt, wirklich bedrückt hätte, so hättest Du doch nach dem Telefonhörer greifen können. Von was leitest Du eigentlich Deine Feststellung ab, 'die verrottete Moral dieses Systems habe auch mich verderben können'.

Du schreibst, daß ich den größten Teil meines Lebens nicht in Luxus gelebt habe. Wie ich heute lebe, was ich heute verdiene, das weißt Du, und das darf jeder wissen. Wofür ich mein Geld bevorzugt ausbebe, könntest Du auch wissen, wenn Du Dich an frühere Gespräche mit Otto Brenner, Walter Möller und Olaf Radke erinnerst. Daran hat sich nichts geändert. Es ist richtig, daß ich einen Teil meines Einkommens steuersparend - vor allem in Berlin - angelegt habe. Was ist daran schlecht?



Es stimmt, daß es auch im Bereich der Gemeinwirtschaft beanstandenswerte und unerfreuliche Dinge gibt. Du weißt aus vielen unserer früheren Gespräche, daß dies nie ganz zu vermeiden sein wird. Du weißt aber auch, wie sehr viele anständige Kollegen sich mit mir ständig um Abhilfe und Verbesserungen bemühen. Unsere gemeinsame Kritik an bestimmten Verhaltensweisen der Neuen Heimat ist nicht neu. Man kann mir vorwerfen, daß ich mich um diesen Bereich nicht genügend gekümmert habe. Du weißt aber auch, was die Gemeinwirtschaft für die Verbraucher, für die Arbeitnehmer geleistet hat. Ist das Verderbtheit?

Ganz sicher ist unser aller Komfortbedürfnis in den letzten Jahren größer geworden, auch das Deine, wie ich weiß. Ist das ein Vorwurf? Ich erhebe ihn nicht. Wir gehören doch beide ein Leben lang zu politischen Gruppen, die dafür gekämpft haben, daß die Welt sich in der Richtung zum Wohlstand entwickelt, und zwar für alle Menschen. Das Gelübde der Armut habe ich nie abgelegt, und Du, wie ich weiß, auch nicht.

Worauf es ankommt ist doch, wie wir uns verhalten, was wir füreinander tun, und wie sehr wir uns für unsere Ziele engagieren.

Ich hätte diesen Brief gern an 'Konkret' gegeben, die ja auch Deinen Offenen Brief veröffentlicht hat. Es ist sicherlich reiner Zufall, daß die Nummer mit Deinem Brief die letzte Nummer vor dem DGB-Kongreß ist. Sicher wird eine andere Zeitung meinen Brief abnehmen.

Lieber Jakob, ich möchte es damit genug sein lassen. Sollten wir nicht eigentlich alle den ernsthaften Versuch machen, uns gegenseitig wieder zu verstehen und die Frauen und Männer der Arbeiterbewegung zusammenzuführen, um das gemeinsame zu erkennen, die politische Entwicklung läuft in gefährlichen Bahnen. Ich fürchte, wir werden uns alle bald brauchen: Leute wie Dich, liebenswert, voll guten Willens und meist getrieben von Gefühlen, Leute, wie mich, die rationaler sind und etwas härter in der Struktur. Und alle die vielen dazwischen, denen Friede, Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Toleranz und Gleichheit keine leeren Begriffe sind, sondern Ziele ihres politischen Lebens.

Wir sind doch nicht Teil einer Linken Schickeria, sondern politisch aktive Gewerkschafter, jeder in seinem Bereich.

Ich nehme nicht Abschied von der Arbeiterbewegung und lasse mich auch nicht aus ihr vertreiben. Es wäre schön, auch Dich bald wieder in der Nähe zu spüren.

So grüße ich Dich und die Deinen - nach diesem Brief nicht mehr verärgert - in alter Verbundenheit.  
(-/12.5.1982/hi/ca)

Dein Walter."

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

